

Krieg in der Ukraine

Ein Ausblick auf mögliche politische Entwicklungen

Kamal Salehezadeh (Hamburg)

30.7.2014

Droht uns ein totaler Krieg?

In Westeuropa erleben wir schleichend und immer stärker werdend die Folgen der seit mehr als zwei Jahrzehnten andauernden Kriege, welche die Regierungen unserer Länder im Bund mit den USA gegen eine ganze Reihe von Ländern führen. Die Politik betreibt die Militarisierungsakzeptanz der zivilen Gesellschaft. Die „vierte Gewalt“ ist gleichgeschaltet mit der Politik, konstruiert Feindbilder als Zielscheibe der „öffentlichen Meinung“ und betreibt Dämonisierung anstatt kritisch und differenziert über Politik zu berichten und zu informieren. Kennen Sie die aktualisierte Version eines alten Witzes? Das „Tote Meer“ kennen Sie bestimmt noch aus der Geographiestunde Ihrer Schulzeit. Und wer hat es getötet? Richtig, Putin.

Selbst die meisten NGOs wollen anscheinend hinter der ganzen Truppe nicht zurück bleiben und marschieren mit. Denken wir an ihre aktuellen Aktivitäten, wenn es um gleichgeschlechtliche Beziehungen geht. Ob Aids-Konferenz, CSD-Veranstaltungen oder aktuelle Fotoausstellung in Hamburger Zentralbibliothek, der Feind sitzt im Ausland und heißt Putin.

Bei alledem bekommt die Eliminierung der persönlichen Rechte und Freiheiten der Bürger einen Sinn. Und dies in neuen Dimensionen. Jetzt soll sogar die Konkurrenz das Geschäft mit Spionage und Abhören beleben. So gesehen schlittern wir mehr und mehr in den Krieg. Für Menschen in den Frontstaaten ist der Krieg dagegen ein „totaler Krieg“. Sie bezahlen der Krieg der Konzerne und deren Regierungen mit ihrem Leben, mit ihrem Leid, mit all ihren zivilisatorischen Errungenschaften, mit den Früchten ihrer jahrzehntelangen Arbeit. Ihre Länder werden, wie wir in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien sehen, zu Billiglohn-Ländern. Das Diktat der Konzerne dominiert „zu Hause“ überproportional. Auch für den einheimischen Lohnabhängigen gilt: Friss oder

stirb! Weitere Endsolidarisierung gepaart mit Nationalismus und Chauvinismus sowohl in den Frontstaaten als auch hier im Lande sind das Ergebnis. Wer profitiert davon? Weniger Butter und mehr Kanonen heißt die Devise, um ungehemmt mehr „Verantwortung“ in der Welt zu übernehmen. Die Militärausgaben müssen erhöht und von BIP abgezweigt werden. Also weniger öffentliche Einrichtungen und höhere Steuern. Nein! Angst und Befürchtung wegen russischer und chinesischer Atombomben braucht heute niemand zu haben.

Wie lange wird der Krieg in der Ukraine dauern?

Die Menschen, die von den verheerenden Folgen des Krieges betroffen sind, reagieren unterschiedlich. Die Verzweiflung treibt manchen zum Zweckoptimismus.

Als ich vor einem Monat meinen russischsprachigen Freund, der über das Schicksal und den Verbleib seiner Schwester in der Ostukraine völlig im Ungewissen war, fragte, wann seiner Meinung nach der Krieg in Ukraine vorbei sei, antwortete er: in zwei bis drei Wochen. Die Kiewer Regierung wird, so die Meinung des Freundes, den ganzen Osten der Ukraine platt machen und die Amis kriegen das Land für Fracking-Gas frei. Seine Prognose mochte ich nicht teilen und widersprach ihm.

Mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Niedergang der RWG-Staaten wurde die Erwartung geweckt, die Zeit des Kalten Krieges sei vorbei. Doch weit gefehlt. Der Kapitalismus der westlichen Länder duldet keinen kapitalistischen Konkurrenten in Osteuropa und nirgendwo sonst in der Welt. Er akzeptiert nur die Unterwerfung all dieser Staaten samt ihrer Arbeitskräfte, Naturressourcen, Märkte, Produktionsstätten, ihrer Infrastruktur, Kultur und Lebensweise. Jeglicher Widerstand wird gnadenlos zerschlagen. Mit allen Mitteln. Kurzum: imperialistische Expansion und Kriegsführung. Doch die Ukraine ist nicht das erste Land, welches sich die westlichen Konzerne unterwerfen und sie wird nicht das letzte sein. Die Ost-Front bleibt bestehen.

Wenn man in heutigen Polen ein Schulkind befragt, ob Kinderfresser noch existieren, die Antwort lautet prompt: Lukaschenko und Putin. Seit Jahren sendet der nach Polen versetzte Sender des ehemaligen „Free Europe“, um rund um die Uhr psychologische Kriegsführung gegen Weißrussland zu betreiben.

Aber zuerst wollen westliche Rüstungskonzerne die Schlagkraft der sowjetischen Waffensysteme in den Beständen der Kiewer Regierung in Ostukraine testen. Und die Umzingelung der russischen Föderation schreitet fort. Mit NATO und westlichem Kapital. „Der Ernstfall“ wird alljährlich mit NATO-Übungen in baltischen Staaten zelebriert. Die Öl- und Gas-Vorkommen sowie weitere Bodenschätze in Russland sind „unser“, nur leider in Putins Hand. Unsere Jungs müssen sie schließlich sichern. Wird das ganze nicht schneller vollzogen, wenn die Privatwirtschaft und die Politik in Europa gemeinsam das Ziel ansteuern?

Widerspruch: Privatwirtschaft und Politik

Während die Privatwirtschaft ihre kurzfristige Geschäftsentwicklung und Gewinnerzielung im Sinn hat, ist der bürgerliche Staat bestrebt, die strategischen Interessen des Kapitals zu sichern.

Nicht alle Branchen der Privatwirtschaft und in allen europäischen Ländern sind gleichermaßen an einer baldigen Beendigung des Konflikts interessiert. Sämtliche bisherige Fakten sprechen davon, dass die Domppteure der Wirtschaftspolitik, vor allem der Staat, z.Z. die Schmusetiere des Russlandgeschäftes und seine engen Verbündeten fest im Griff haben. Aber nicht ewig. In weniger als sechs Monaten wird sich das Bühnenbild ändern.

Besonders die aktuellen Sanktionen treffen den Finanzsektor Russlands sehr hart. Aber die Wirtschaftskrise der europäischen Länder ist auch nicht gebannt. Europa kann sich in kaltem Winter nicht leisten, mehr als 100.000 Betriebe und Konzerne der Privatwirtschaft in den Konkurs zu begleiten. Und damit sind nicht die polnischen Obst- und Gemüsebauern gemeint, sondern manch Global Player des Handelssektors. Die seit Wochen geringfügig sinkenden Eurowerte gegenüber dem US-Dollar kann die Exportwirtschaft nicht wirklich trösten.

Im Wirtschaftskrieg nutzt Russland sein Hinterland: BRICS und ist fleißig dabei. Die Frage ist, ob die längerfristigen Umpolungen der russischen Wirtschaft die aktuellen Sanktionen des Westens überdauern. Vieles spricht dafür. Dies bedürfte allerdings einer genaueren Analyse.

Widerspruch: USA / Europa

Für die USA ist die Beseitigung des Euro-Raums essentiell. Und für Europäer ist der Euro mehr als nur eine gemeinsame Währung. Für manche ist sie ein besserer Lebensstandard. Für andere die Realisierung und Vergrößerung des Spielfeldes des Kapitals und des Verkehr von Waren, der Dienstleistungen und des Handels mit Arbeitskräften, ist aber auch das Grundstein des „Enterprise Europe Network“, um in der Weltwirtschaft stärker mitmischen zu können. Zwei verfeindete Konstrukte? Nicht unbedingt.

Während der Putschvorbereitungen in Kiew sahen sich John McCain (US-Republikaner), Rebecca Harms (EU-Grüne), Frank W. Steinmeier (SPD) und Elmar Brok (EU-Konservativ) auf dem Maidan öfters als sonst wo in der Welt.

Obwohl die USA weniger vor einem Wirtschaftskrieg mit Russland bangen müssen, setzen Sie vielmehr auf Aufrüstung und Militarisierung Europas. Die Europäer hingegen sind wirtschaftlich eng mit Russland verflochten, bevorzugen die Wirtschaftssanktionen. Ist das nicht ein Mehrfach an Widersprüchen? Keineswegs!

Die US-Administration schlägt viele Fliegen mit einer Klappe. 1. Die USA wirft die NATO-Militärlast auf die europäischen Schultern ab und verschafft sich neue Rüstungsumsätze auf dem europäischen Markt. Dennoch bleibt sie nicht der alleinige Bad-Boy der Weltpolitik. Und 2. beschafft sie sich Luft für die grassierenden 4

Wirtschaftsprobleme des eigenen Landes. 3. Militärische Konfliktlösungen waren bis jetzt ein Renommee der US-Außenpolitik. Da sind sie stark und dadurch behalten sie in der Weltpolitik das Zepter in der Hand. 4. All das schweißt in den USA „die Nation“ zusammen, sprich die Demokraten und die Republikaner.

Die Europäer bevorzugen den Stachel in der Wunde des Feindes und zwar längerfristig. Anscheinend mögen die EU-Politiker die Reisediplomatie. Daher sind die neuesten Finanzsanktionen auf ein Jahr beschränkt und müssen in drei Monaten auf

den Prüfstand, um sich vielleicht anderes zu überlegen. Dann können sie die obige Frage genauer beantworten: Wie kriegen Europa und Russland jeweils ihre Wirtschaft in Griff? Wie entwickeln sich die neuen Märkte und Geschäfte. Aber auch eine politische Wendung und personelle Wechsel im Kreml bleiben für westliche Politiker interessant.

Fazit: Die USA und die EU bleiben in Tauziehen fürs Erreichen von strategischen Zielen Spielpartner. Die Ukraine ist für lange Zeit der Spielball der Weltpolitik. Z.Z. sieht es nicht danach aus, dass Massenerhebungen (abgesehen von manchen Regionen) im Lande die Kiewer Regierung zu einer anderen Politik zwingen können. Auch die Friedensbewegung weltweit konnte bis jetzt nicht die notwendige Kraft zur Beendigung des Krieges auf die Straße bringen. Hoffen wir, dass die nächsten Anstrengungen dazu beitragen werden.

Wegen einer möglichst kurzen, zusammenfassenden Analyse wurden die politische und wirtschaftliche Rolle Chinas und die Wandlung der Russischen Wirtschaftspolitik in den letzten 20 Jahren nicht berücksichtigt.

Was in dieser kurzen Analyse ebenfalls keine Berücksichtigung finden konnte, sind die listigen Pläne in den Schubladen der Geheimdienste und Militärs, die zwar selten ans Tageslicht gelangen, aber doch unberechenbar sind und für Überraschungen sorgen können. Z.B. mögliche Szenarien durch einen Flugzeugabsturz auf ein AKW, Versenkung von Militärschiffen etc. pp. inklusive.